

## **7 Fragestunde**

**Bgm. Nagl:**

Jetzt darf ich zur Fragestunde kommen. Auf unserer Rathausuhr ist es jetzt 12.45 Uhr.

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.45 Uhr).***

### **7.1 Frage 1: Umsetzung der Hundewiese in Reininghaus (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl)**

**Pavlovec-Meixner:**

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es geht in meiner Frage wieder um die Hundewiese in Reininghaus. Wir haben da vor einigen Monaten schon diskutiert im Kontext mit der damals angedachten Fläche im geplanten Central Park. Mittlerweile hatte ich auch die Gelegenheit, in der Abteilung Grünraum das Thema zu diskutieren und wir haben Planungen präsentiert bekommen für eine Fläche im Süden des Areals und wir haben auch gesehen, dass eine Größe von 3.500 m<sup>2</sup> möglich wäre, dass man das dort realisiert und diese Planungen sind meiner Information nach abgeschlossen. Es gibt dort auch eine sehr engagierte Initiative von HundebesitzerInnen, den Verein Hundebegegnungszone Reininghaus, die dort wirklich auch für Begegnung zwischen Jung und Alt und den besten FreundInnen, also den Hunden, sorgen möchten und schauen möchten, dass das sehr gut funktioniert und auch Informationen zum Thema Hundehaltung weitergeben wollen. Was jetzt noch fehlt, die Planungen sind abgeschlossen, wie gesagt, ist der Startschuss für die Umsetzung der Hundewiese. Ganz banal gesagt, die Finanzierung für den Zaun und die Aufstellung und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

**Frage:**

Bis wann soll die geplante Hundewiese in Reininghaus definitiv umgesetzt werden?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Bauarbeiten in Reininghaus beginnen und ein Ersatz für die derzeit von zahlreichen HundebesitzerInnen genutzten Grünflächen wird immer dringlicher. Im Zuge eines Termins in der Abteilung für Grünraum der Stadt Graz wurden mir Planungen für eine Hundewiese im Bereich des sogenannten Stadtwäldchens im Süden des Reininghaus-Areals präsentiert, die mit einer möglichen Fläche von 3.500 m<sup>2</sup> sehr geeignet wäre. Eine Initiative von engagierten HundebesitzerInnen – der Verein Hunde-Begegnungszone Reininghaus - möchte die hoffentlich bald neu entstehende Hundewiese in Reininghaus zu einer in ganz Österreich einzigartigen Begegnungsfläche für Jung und Alt und ihren besten FreundInnen machen, zu einem Ort der Begegnung, der niemanden ausschließt und in der Anonymität wachsender Städte der Vereinsamung und Vereinzelung entgegenwirkt. Dazu sollen auch Gespräche mit der Abteilung für Grünraum stattfinden. Was allerdings nach wie vor fehlt, ist der Startschuss für die Umsetzung der Hundewiese.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Bis wann soll die geplante Hundewiese in Reininghaus definitiv umgesetzt werden?*

**Bgm. Nagl:**

Die Errichtung der Hundewiese, dessen Standort ja bereits mit dem Grundstück des sogenannten Stadtwäldchens am Zeugamtsweg, gegenüber der ehemaligen Hummelkaserne, fixiert wurde, könnten theoretisch ab Herbst/Winter 2018 umgesetzt werden. Die Planungen sind, wie Sie gesagt haben, weit fortgeschritten und mit den freiraumplanerischen Überlegungen zu Graz Reininghaus, insbesondere mit dem unmittelbaren Umfeld, der so genannten Grünachse der neu zu errichtenden Straßenbahndhaltestelle und der dort kürzlich entstandenen Bauvorhaben am ehemaligen Hummelkasernen-Areal abgestimmt. Die Planung sowie die notwendigen Vorarbeiten zur Umsetzung könnten daher bis zum Herbst 2018 abgeschlossen sein. Dann stellt sich nur die Frage, wie wir noch die finanziellen Mittel aufstellen. In Summe gibt es eine Grobkostenschätzung von gerundet 45.000 Euro, die aber im heurigen Budget noch nicht dotiert wurden. Also werden wir das im Zuge der Budgetverhandlungen zu diskutieren haben. Theoretisch könnte es dann im heurigen Winter und vor allem dann im nächsten Frühjahr auch so weit sein, dass die Hundewiese dann schon nutzbar ist.

**Pavlovec:**

Das ist sehr erfreulich und das wird natürlich auch den Verein Hundebegegnungszone Reininghaus sehr freuen, dass jetzt in Aussicht ist, dass das ab Herbst gestartet wird. Jetzt gibt es ja noch eine ziemliche Liste von Hundewiesen, die Sie, so glaube ich, kennen, die auch umgesetzt werden sollen. Daher ist meine Zusatzfrage, ob Sie auch diese Liste durchgehen werden und in die Budgetverhandlungen aufnehmen werden, was die Finanzierung betrifft.

**Bgm. Nagl:**

Selbstverständlich.

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.50 Uhr).**

**7.2 Frage 2: Sonnenapotheke Jakominiplatz  
(GR. Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Liebe Frau Stadträtin Elke Kahr, ich wende mich heute mit einer Straßenbahnfrage an dich, so wie auch das letzte Mal.

Mit der Anschaffung der neuen Straßenbahnzüge und insbesondere der Vario-Bahn sind leider auch die Beschwerden von AnrainerInnen entlang der Strecken bezüglich der Lärmbelästigung und auch der Erschütterungen ziemlich gestiegen. Das nicht nur auf einem Streckenabschnitt, sondern es kommt aus den verschiedensten Punkten, auch im Stadtgebiet. Besonders betroffen sind anscheinend jene Personen, die im Kreuzungsbereich Hartenaugasse/Leonhardstraße (Haltestelle Reiterkaserne) wohnen. In diesem Bereich verursacht die Straßenbahnlinie 1 und auch die Vario-Bahn anscheinend sehr hohe Lärmemissionen und auch sehr hohe Erschütterungen in den Wohnungen der Betroffenen.

Nun ist geplant, die Geleise in diesem Bereich im Sommer 2018 zu sanieren. Dies bietet die Gelegenheit, hier die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, dass die Belastungen so gering wie möglich gestalten sind für diese Anrainerinnen und Anrainer. Man hat ja auch gesehen, im Bereich des LKH wurden auch sehr große Maßnahmen oder Anstrengungen getroffen, damit die Straßenbahn da entlang des LKHs und der MedUni sehr leise und mit wenig Belastungen vorbeifährt. Es ist natürlich im Interesse dieser Bewohnerinnen und Bewohner, dass man bei diesen geplanten Sanierungsarbeiten seitens der Information sehr eng eingebunden ist. Darum darf ich an dich die

**Frage**

stellen:

Bist du bereit, eine BürgerInneninformation betreffend die bevorstehenden Sanierungsarbeiten der Straßenbahn im Bereich der Hartenaugasse/Leonhardstraße (Haltestelle Reiterkaserne) durchzuführen und darüber hinaus dich für bauliche Maßnahmen analog jener bereits durchgeführten im Bereich des LKH einzusetzen, um die Belastungen der betroffenen AnrainerInnen zu mildern?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin!*

*Mit der Anschaffung der neuen Straßenbahnzüge „Vario-Bahn“ sind leider auch die Beschwerden von AnrainerInnen einerseits hinsichtlich einer unerträglichen Lärmbelästigung und andererseits betreffend massiv störender Erschütterungen gestiegen. Diese Beschwerden betreffen nicht nur einen einzigen Straßenabschnitt, sondern werden aus den verschiedensten Stadtteilen vorgebracht.*

*Besonders betroffen sind anscheinend jene Personen, die im Kreuzungsbereich Hartenaugasse/Leonhardstraße (Haltestelle Reiterkaserne) wohnen. In diesem Bereich verursacht die Straßenbahnlinie 1 bzw. die „Vario-Bahn“ anscheinend extrem hohe Lärmemissionen und sehr hohe Erschütterungen in den Wohnungen der Betroffenen. Nun ist geplant, die Geleise in diesem Bereich im Sommer 2018 zu sanieren. Dies bietet die Gelegenheit, hier die entsprechenden Maßnahmen zur Reduzierung der o.a. Belastungen zu ergreifen und analog zu den Gleisbauarbeiten im Bereich des LKH die baulichen Vorkehrungen dafür zu treffen. Dementsprechend gibt es ein großes Interesse der betroffenen AnrainerInnen an den geplanten Sanierungsarbeiten. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die*

**Frage:**

*Bist du bereit, eine BürgerInneninformation betreffend die bevorstehenden Sanierungsarbeiten der Straßenbahn im Bereich der Hartenaugasse/Leonhardstraße (Haltestelle Reiterkaserne) durchzuführen und darüber hinaus dich für bauliche Maßnahmen analog jener bereits durchgeführten im Bereich des LKH einzusetzen, um die Belastungen der betroffenen AnrainerInnen zu mildern?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Ewald. Ja, ich kann das sehr kurz machen. Sehr gerne, es sind an mich auch, an unser Büro, AnrainerInnen vor allem im Bereich Leonhardstraße/Hartenaugasse herangetreten mit genau dem gleichen Wunsch. Das ist auch der Grund, warum wir bereits Kontakt mit den Graz Linien aufgenommen haben, die sehr gerne an einer Bürgerinformationsveranstaltung teilnehmen, um die Bewohnerschaft nicht nur über die geplanten Sanierungen der Gleisanlagen zu informieren, sondern auch über Vorschläge, die zur Verbesserungen führen. Gemeinsam mit dem Herrn Bezirksvorsteher Molnar werden wir dazu einladen, noch im Juni, bevor die Sanierungen beginnen.

**Muhr:**

Das ist erfreulich, da werden sich die betroffenen Personen natürlich freuen und ich hoffe, dass sie auch rechtzeitig informiert werden über diese Bürgerinformation. Aber wie sieht es mit den baulichen Maßnahmen, die man analog bereits im LKH Bereich durchgeführt hat, könnte man die nicht auch in diesem Bereich andenken, die auch dort anzuwenden? Es sind dort ja spezielle Maßnahmen getroffen worden.

**Kahr:**

Das kann ich dir im Detail jetzt nicht sagen, da muss ich mich selbst schlau machen, ob die ganz gleichen Maßnahmen dort möglich sind und auch ob sie getroffen werden. Aber dafür sind eben genau diese Informationsveranstaltungen da und vorab kann ich natürlich mit meinen Kollegen vom Verkehrsplanungsamt und den Graz Linien diese konkrete Frage für dich vorab beantworten lassen, wenn du das gerne wissen möchtest.

**7.3 Frage 3: Beteiligung Europäische Impfwoche  
(GR. Swatek, BSc, Neos an Stadtrat Mag. Krotzer, KPÖ)**

**Swatek:**

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Stadtrat Krotzer. Auch dieses Jahr fand in der Woche vom 23. auf 29. April unter dem Motto „Vorbeugen. Schützen. Impfen.“ die Europäische Impfwoche statt. Ziel dieser Impfwoche, die von der Weltgesundheitsorganisation organisiert wird, ist es, zu vermitteln, dass die Impfung eines jeden Kindes entscheidend für die Verhütung von Krankheiten und den Schutz von Menschenleben ist.

Besonderes Augenmerk dieser regionalen Initiative lag dieses Jahr auch wieder bei der kostenlosen Impfung gegen Masern-Mumps-Röteln, da sich die Fälle auch bei Masern von 2016 auf 2017 in Österreich verdreifachten. Obwohl ursprünglich einmal das Ziel ausgegeben wurde, Masern in Europa auszurotten.

Grund dafür sind besonders auch Impfgegner, die sich weigern, ihre Kinder gegen diese Virusinfektion impfen zu lassen. Doch bereits eine geringe Zahl von Impfgegnern wirkt sich dramatisch auf die Ansteckungsraten aus. Denn ist die Durchimpfungsrate zu gering, geht der Effekt der Herdenimmunität verloren. Der Effekt der Herdenimmunität ist aber sehr wichtig, besonders für Personen, die sich selbst nicht

impfen lassen können. Das sind z. B. Neugeborene, aber auch Personen mit Erkrankungen des Immunsystems, Organtransplantationen.

Eine aktive Beteiligung der Stadt Graz an dieser Initiative würde ich für sehr wichtig erachten. Ich habe aber seitens der Stadt Graz, bis auf einen Beitrag auf der Homepage der Stadt Graz und einem Reshare auf der Stadt-Graz-Facebook-Seite, keinerlei Beteiligung finden können. Keinen Beitrag in unserer BIG und auch leider keinen Beitrag z.B. auf deiner Facebook-Seite. Daher meine

### **Frage**

an dich, welche Aktionen und Beteiligungen setzte die Stadt Graz dieses Jahr im Zuge der Europäischen Impfwoche?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Stadtrat Krotzer, auch dieses Jahr fand in der Woche von 23. auf 29. April unter dem Motto "Vorbeugen. Schützen. Impfen." die Europäische Impfwoche statt. Ziel dieser von der Weltgesundheitsorganisation ausgehenden Regionalinitiative ist die Vermittlung, dass die Impfung eines jeden Kindes entscheidend für die Verhütung von Krankheiten und den Schutz von Menschenleben ist.*

*Einen besonderen Fokus setzte die Initiative dieses Jahr wieder auf die kostenfreie Impfung gegen Masern-Mumps-Röteln, da sich die Anzahl der Masern-Fälle von 2016 auf 2017 in Österreich verdreifachten. Diese Steigerung geschieht leider trotz dem Ziel, die Masern in Europa auszurotten.*

*Grund dafür sind besonders auch Impfgegner, die sich weigern, ihre Kinder gegen diese Virusinfektion impfen zu lassen. Doch bereits wenige Impfverweigerer können sich dramatisch auf die Ansteckungsraten auswirken. Denn ist die Durchimpfungsrate zu gering, geht der Effekt der Herdenimmunität verloren. Dabei ist die Herdenimmunität besonders für Personen, die nicht geimpft werden können, beispielsweise Personen mit*

*Erkrankungen des Immunsystems, Organtransplantationen oder Neugeborene, essenziell.*

*Eine aktive Beteiligung der zuständigen Stellen der Stadt Graz inkl. Impfstelle wären in meinen Augen daher ein wichtiger Schritt, um Impfgegnern durch Aufklärung entgegenzuwirken.*

*Bis auf einen einzelnen kurzen Beitrag auf der Homepage der Stadt Graz kam mir jedoch keinerlei Beteiligung unserer Stadt an der Europäischen Impfwoche unter. Ich las kein Posting dazu auf ihrer selbstverwaltenden Facebook-Seite, fand keinen Beitrag in unserer Bürgerinformationszeitschrift BIG und leider kam mir auch kein Beitrag zur Europäischen Impfwoche unter Beteiligung der Stadt Graz in einer der regionalen Zeitungen unter.*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Krotzer, welche Aktionen und Beteiligungen setzte die Stadt Graz dieses Jahr im Zuge der Europäischen Impfwoche?*

**StR. Krotzer:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Niko. Vielen Dank für die Frage, wie du angesprochen hast, dass es eben den Bericht auf der Seite graz.at gegeben hat. Es hat natürlich auch von unserer Seite eine Presseaussendung dazu gegeben. Ich kann auch StR. Riegler informieren, die Wohnungssuche überdeckt nicht die Impfwoche. Wir haben diese Presseaussendung gemacht. Sie ist von den Medien nicht in der Form aufgegriffen worden, abgesehen vom Radio Soundportal, die auch mehrmals in der Woche einen Bericht geschaltet haben. Ich kann allerdings sagen, es ist in dem vergangenen Jahr das ImpftHEMA 15 Mal in Printmedien in Graz vorgekommen. Das ist eine wesentlich höhere Zahl als das in der Vergangenheit gewesen ist und da ist unser eigenes Medium, das Grazer Stadtblatt, noch nicht mitgerechnet. Allerdings, wichtiger noch als das, was in der digitalen Welt passiert, ist das, was tatsächlich real passiert und insofern darf ich hier auch auf die Zahlen des Gesundheitsamtes verweisen, die durchaus erfreulich sind. Das Gesundheitsamt war in sämtliche Werbeaktionen der

wissenschaftlichen Akademie für Vorsorgemedizin und der Landessanitätsdirektion eingebunden und hat selbst natürlich auch auf die Bedeutung des Impfens hingewiesen. Insbesondere natürlich auch der Masern-, Mumps-, Röteln-Impfung und es hat dazu auch einen Beitrag gegeben, weil eben vorher der Schwerpunkt der Masernerkrankung in der Steiermark bzw. auch in Graz gelegen ist. In der Europäischen Impfwoche, die, wie du sagst, vom 23. bis 27. April stattgefunden hat, haben sich insgesamt 1.427 Personen in unserer städtischen Impfstelle bzw. vom Gesundheitsamt in Schulen, das waren 223 Schülerinnen und Schüler, impfen lassen. Das ist eine Frequenz von 300 Impfstichen pro Tag oder entspricht, wenn man es umrechnet, einem Impfstich pro Minute. Das war bislang in diesem Jahr auch die höchstfrequentierte Woche in der städtischen Impfstelle. 37 Personen haben in diesem Zusammenhang sich auch gegen Masern, Mumps, Röteln impfen lassen. Das ist durchaus erfreulich. Wir haben gleichzeitig natürlich auch weitere Aktionen gesetzt, waren auch im Rahmen unserer Kampagne „Gesundheitsamt vor Ort“ unterwegs, auch in den steirischen Bezirken. In der Impfwoche waren wir speziell in der ENW-Wohnhausanlage Floßlend. Dort wo wir einerseits mit den Beschäftigten des Gesundheitsamtes und der Impfstelle die Impfungen durchführen, gleichzeitig aber auch vor Ort für Fragen und für Aufklärung zur Verfügung stehen, weil wir natürlich das auch als sehr problematisch ansehen, wenn auf der Grundlage so wissenschaftlicher vermeintlicher Fakten unwahre Behauptungen rund um das Thema Impfen aufgestellt werden und insofern ist es sehr wichtig, dass auch für die Menschen gerade auch ExpertInnen, Ärzte, Ärztinnen greifbar sind, wo man einfach auch seine Fragen stellen kann, wo man sich hinwenden kann und dann auch eine kompetente Antwort bekommt.

**Swatek:**

Vielen Dank für die Antwort. Es freut mich, dass die Zahl der Personen, die sich zumindest in der Grazer Impfstelle impfen lassen, steigt. Es freut mich auch, dass da mehr passiert in den letzten Jahren, was auch damit zu tun hat, dass die einzelnen

Fälle in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Wenn man da seitens der Stadt oder auch des Landes nicht entgegenwirken würde, würde man den Impfgegnern, die ja jegliche Reichweite nutzen, von Social Media bis zu ihren eigenen, ich nenne es einmal frech, Propagandazeitungen, das Feld überlassen und genau deshalb finde ich es sehr wichtig, dass wir unabhängig von Print oder Online wirklich jegliche Reichweite, die man erhält, zu bekommen, weil besonders wir als politische Fraktionen wissen ja, nur weil wir es einmal lesen oder zweimal in einer Zeitung, dringt das nicht bis zu den Bürgerinnen und Bürgern durch und deswegen wäre es für mich schon ein Anliegen, dass die Stadt Graz sich aktiver an der Europäischen Impfwoche beteiligt und daher nun meine Rückfrage, ob von dir für die nächste Europäische Impfwoche nächstes Jahr eine aktivere Beteiligung geplant ist, wo man z. B. damit beginnt, das in der BIG abzudrucken oder auch auf anderen Wegen intensiver versucht, das zu bewerben.

**Krotzer:**

Ich glaube, dass die dargebrachte Bilanz jetzt nicht die schlechteste ist. Wir haben das Ganze natürlich ja nicht nur in den sozialen Medien gespielt, sondern wir waren auch konkret in den Wohnhausanlagen, und wenn ich sage uns, meine ich auch mich mit dabei, dass wir in die Häuser gegangen sind und dort in die Postkästen die Information gelegt haben, dass diese Impfaktionen intensiv stattfinden. Wir werden das aber, es gibt immer Luft nach oben und insofern werden wir hier auch wieder für das nächste Jahr auch zusammen mit der Frau Dr. Winter vom Gesundheitsamt einiges überlegen, um hier noch mehr, wie soll ich sagen, „Wind“ rund um die Europäische Impfwoche zu erzeugen.

**7.4 Frage 4: Verkehrssituation Messendorfberg  
(GR<sup>in</sup> Potzinger, ÖVP an Frau Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Potzinger:**

Danke, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin. Messendorfberg, ein immer wieder auch hier vorgebrachtes Thema, auch von meinen Kollegen aus St. Peter, Gerhard Spath und Peter Stöckler, weil wir immer wieder von den Anrainern angesprochen werden die Verkehrsmisere betreffend. Mein Mann ist heute in der Früh mit mir die Strecke noch einmal abgefahren. Ich kann wirklich tagesaktuell von meiner gefährlichen Situation berichten, wo zwei Autos fast nicht aneinander vorbeigekommen sind, Ausweichmöglichkeiten unzureichend gegeben sind und teilweise in einem Zustand, der zu wünschen übrig lässt. Eine Ausweichmulde war heute z.B. ein einziger See. Dort durchzufahren könnte Frösche gefährden. In letzter Zeit hat die Verkehrsbelastung für die Anrainer am Messendorfberg leider wieder stark zugenommen. Das Wochenend-Fahrverbot wurde aufgehoben. Das hatten wir, Fahrverbot ausgenommen Anrainer am Wochenende. Messendorfberg wird auch immer wieder als Schleichweg benutzt. Von Süden kommend, von Raaba bis Petersbergen. Dies führt zu Belastungen für die Anrainer und erholungssuchende Spaziergänger. Messendorfberg ist eigentlich ein Naherholungsgebiet. Wir haben sogar einen kleinen Urwald oben und schöne Wanderwege. Reiter, Spaziergänger, Radfahrer, Walker sind unterwegs und fühlen sich von den Autos gefährdet. Fühlen sich nicht nur so, sondern sind es auch tatsächlich. Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen, da Autos viel zu schnell unterwegs sind. Es gibt oben ein Tempomessgerät, das jetzt endlich repariert wurde, weil der Smiley hat vor kurzem auch bei 70 km/h gelächelt, jetzt ist er wieder richtig eingestellt. Die geringe Fahrbahnbreite stellt bei Gegenverkehr ein weiteres Problem dar.

Im Sinne der Lebensqualität der Bewohner und erholungssuchenden Besucher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs folgende

**Frage:**

Welche Maßnahmen sind seitens des Verkehrsressorts geplant, um die belastende Verkehrssituation für die Anrainer am Messendorfberg zu verbessern?

*Originaltext der Frage:*

*In letzter Zeit hat die Verkehrsbelastung für die Anrainer am Messendorfberg wieder stark zugenommen. Leider wurde das Wochenend-Fahrverbot (ausgenommen Anrainer) aufgehoben. Dies führt zu neuen Belastungen für die Anrainer und erholungssuchende Spaziergänger. Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen für Fußgänger und Radfahrer, da Autos viel zu schnell unterwegs sind. Die geringe Fahrbahnbreite stellt bei Gegenverkehr ein weiteres Problem dar.*

*Im Sinne der Lebensqualität der Bewohner und erholungssuchenden Besucher des Messendorfbergs stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende*

**Frage:**

*Welche Maßnahmen sind seitens des Verkehrsressorts geplant, um die belastende Verkehrssituation für die Anrainer am Messendorfberg zu verbessern?*

**Stadträtin Kahr:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ich war erst vor kurzem auch in der Gegend, das war Petersbergen, wo ähnliche Problemstellungen sind, aber wir finden das leider auf vielen Straßenzügen in der Stadt Graz vor, dass sich einfach die PKW-Lenkerinnen und -Lenker nicht an die gebotene Geschwindigkeit halten. Ich habe aber selbstverständlich im Vorfeld auf deine Frage auch die Kollegen von der Behörde gebeten, mir auf der einen Seite einen Bericht zu geben, was in der Vergangenheit passiert ist und was sie in Zukunft dort machen möchten. Die Verkehrssituation entlang, wie du sie beschrieben

hast, am Messendorfberg ist mehrfach von der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit geprüft worden und es sind auch immer wieder verschiedene Maßnahmen überlegt worden oder eben z.B. dieses Messgerät dann aufgestellt worden. Die Verordnung eines Fahrverbotes mit Ausnahme des AnrainerInnenverkehrs ist aber nach Auffassung der Behörde nicht gerechtfertigt. Diese Straße unterscheidet sich nämlich im Großen und Ganzen nicht wesentlich von anderen Straßenzügen und bei der Verhängung von Fahrverboten ist gemäß der einschlägigen Judikatur ein strenger Maßstab danach anzulegen. Ein solches Fahrverbot ist auch zusätzlich durch die Länge des Streckenabschnittes auch kaum durch die Polizei überprüfbar. Bei der Ausweisung, wie du es im Motivenbericht angesprochen hast, einer Einbahn ergeben sich aber für die Anwohner aufgrund der bestehenden Erschließung auf der einen Seite nicht unerhebliche Umwegfahrten, zusätzlich ist aber auch aufgrund des Wegfalls von Fahrzeugbegegnungen dann, auch wenn das als Problematik angesehen wird, ist es im eigentlichen Sinn positiv, weil es dadurch, wenn es eine Einbahnstraße wäre, es eher zu einer Geschwindigkeitserhöhung führt. Das ist wirklich ein Erfahrungswert, den ich nicht aus dem Bauch sage, sondern das wird wirklich durch diese Arbeitsgruppe immer wieder bestätigt. Die zuletzt durchgeführten Messungen, weil das wird in Messendorfberg wirklich regelmäßig gemacht, bestätigen vollkommen deinen Befund. Es ist so, dort sind regelmäßig Geschwindigkeitsüberschreitungen. Interessant ist aber, dass in den letzten Jahren es eigentlich nicht viele PKW-FahrerInnen sind und die Häufigkeit jetzt wir darauf zurückführen, dass das mit der St. Peter Hauptstraße und dieser Baustelle zusammenhängt. Das werden wir aber überprüfen und ich habe auch die Kolleginnen und Kollegen gebeten, am Messendorfberg jetzt eine Intensivierung der Geschwindigkeitsüberwachungen mit allen möglichen Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, zu veranlassen.

**Potzinger:**

Danke für diese aktuellen Bemühungen. Eine Zusatzfrage, wäre es denkbar, in nächster Zeit konkrete Maßnahmen zu setzen, wie z.B. im Bereich Messendorfberg 92 a, wo es

extrem unübersichtlich ist, einen Spiegel anzubringen und die Ausweichmöglichkeiten so zu befestigen, dass es nicht zu groben Fahrbahnverschmutzungen und eventuellen, vielleicht auch Belastungen für die Tierwelt kommt, die sich in den Pfützen aufhält bei Schlechtwetter? Wir schützen ja auch die Tiere.

**Kahr:**

Ja, gerne. Das ist eigentlich eh der Standard. Wir bekommen ja viele solcher Anfragen und es ist selbstverständlich. Ich mach das mit den Kollegen, dass wir uns das vor Ort ansehen. Verkehrsspiegel ist überhaupt kein Problem, das mit der Befestigung muss man mit den Kollegen vom Straßenraum machen. Gerne, ich gebe dir dann eine Rückmeldung.

**Bgm. Nagl:**

Ich begrüße auf der Galerie einen ehemaligen Kollegen unseres Gemeinderates, Herrn Nationalrat a.D. Gerald Grosz, sei herzlich willkommen geheißen. (*Allgem. Appl.*)

**7.5 Frage 5: Umfrage des Amtes für Jugend und Familie  
(GR. Alic, KPÖ an Herrn Stadtrat Hohensinner, MBA, ÖVP)**

**Alic:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerschaft. Ich lese das jetzt ganz unaufgeregt herunter.

Im Auftrag des Amtes für Jugend und Familie führt Prof. Dr. Michael Noack (Hochschule Mönchengladbach) eine Erhebung von ehemaligen und/oder aktuellen LeistungsbezieherInnen des angesprochenen Amtes durch. Äußerst irritierend ist, dass

für die Befragten weder ersichtlich ist, warum diese in die Auswahl der Untersuchung gekommen sind, noch welcher Bereich des Amtes für Jugend und Familie im Speziellen untersucht wird. Die Ausführungen im betreffenden Begleitschreiben sind hierzu eher allgemein und knapp gehalten.

Daher ergeht die

**Frage:**

Nach welchen Kriterien wurden die Personengruppen für die Untersuchung ausgewählt (Anzahl der befragten Personen; Art und Umfang der Leistungen, die die Befragten jeweils vom Amt für Jugend und Familie erhalten haben; Ausschlusskriterien für die Befragung von einzelnen Personen oder Personengruppen; Zeitraum, in welchen Kontakt zum Amt für Jugend und Familie bestanden hat bzw. Leistung erbracht wurde; usw.)?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat, im Auftrag des Amtes für Jugend und Familie führt Prof. Dr. Michael Noack (Hochschule Mönchengladbach) eine Erhebung von ehemaligen und/oder aktuellen LeistungsbezieherInnen des angesprochenen Amtes durch. Äußerst irritierend ist, dass für die Befragten weder ersichtlich ist, warum diese in die Auswahl der Untersuchung gekommen sind, noch welcher Bereich des Amtes für Jugend und Familie im Speziellen untersucht wird. Die Ausführungen im betreffenden Begleitschreiben sind hierzu äußerst allgemein und knapp gehalten.*

*Daher ergeht die*

**Frage:**

*Nach welchen Kriterien wurden die Personengruppen für die Untersuchung ausgewählt (Anzahl der befragten Personen; Art und Umfang der Leistungen, die die Befragten*

*jeweils vom Amt für Jugend und Familie erhalten haben; Ausschlusskriterien für die Befragung von einzelnen Personen oder Personengruppen; Zeitraum, in welchen Kontakt zum Amt für Jugend und Familie bestanden hat bzw. Leistung erbracht wurde; usw.)?*

Stadtrat **Hohensinner:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, das Amt für Jugend und Familie arbeitet nach dem Fachkonzept der Sozialraumorientierung. Im Sinne der Qualitätssicherung und der Qualitätsweiterentwicklung wurde immer wieder die Arbeit evaluiert. Nun wurden die Klientinnen und Klienten befragt, ob sie unsere Unterstützung auch als hilfreich empfunden haben. Durch diese Befragung wird es möglich sein, Erfolgsfaktoren und auch Stolpersteine ausfindig zu machen, damit diese Unterstützung weiterentwickelt werden kann. Es ist keine Einzelfrage, die du gestellt hast, es waren eher vier oder fünf Fragen, deswegen werde ich versuchen, das jetzt auch Schritt für Schritt abzarbeiten. Es wurden insgesamt 80 Personen ausgewählt und befragt, die vom 31. 7. bis 31. 12. 2017 eine Hilfe nach dem Steiermärkischen Kinder- und Jugendhilfegesetz ambulant oder stationär in Anspruch genommen haben und wo im Anschluss an den Beobachtungszeitraum keine weitere Hilfe mehr erfolgt ist. Auswahl der zu befragten Personen erfolgte durch die Ziehung einer Zufallsstichprobe, durch den Evaluator, dann gab es das Anschreiben der ausgewählten Personen durch Herrn Prof. Noack. Zur Frage nach Art und Umfang der Leistungen, die die Befragten jeweils vom Amt für Jugend und Familie erhalten haben, eben diese 80 Personen wurden bzw. werden noch befragt, die Leistungen sind ganz unterschiedlich. Das sind ambulante und mobile, sozialarbeiterische, psychotherapeutische, psychologische und sozialpädagogische Hilfen. Zur Frage der Ausschlusskriterien. Die Befragung erfolgte nur nach Einverständnis. Unter dieser Voraussetzung gab es ein zweites fernmündliches Interviewgespräch zu einem festgesetzten Termin. Das heißt, entweder über Telefon oder Skype. Nach Abschluss der Befragung erfolgt die Auswertung und dann die Präsentation des Ergebnisses und Festlegung qualitätssichernder und qualitätserhöhender Maßnahmen im Rahmen eines Fachcontrollingtages. Ich glaube

aber, dass du auf einen Fall abzielst einer Person, die sich auch in unserem Amt gemeldet hat. Diese Person hatte datenschutzrechtliche Bedenken. Es ist die Befragung aber von unserem Amt juristisch aufbereitet und begleitet worden und ich kann jetzt diese Bedenken auch zerstreuen. Zu keinem Zeitpunkt hat es da irgendeine Verfehlung gegeben.

**GR. Alic:**

Es werfen sich mir einige Fragen auf, nur es heißt ja Fragestunde. Das Wesentliche ist insofern beantwortet, also, dass juristisch aus datenschutzrechtlichen Gründen überprüft wurde und bestätigt wurde, dass es in Ordnung ist. Natürlich ist die gute Arbeit des Jugendamtes unbestritten. Da sind wir uns alle einig. Auch wenn die Leute dort freundlich sind, geht trotzdem niemand damit hausieren, dass er mit dem Jugendamt zu tun hat. Das ist eher etwas, man gibt seine Kontaktdaten her, um vom Amt erreicht zu werden und nicht von einem Professor aus Mönchengladbach und ich wollte eigentlich eh den Datenschutz fragen, jetzt kann ich einfach nur persönlich die Frage stellen: Stell dir vor, gesetzt dem Fall, du hättest mit dem Jugendamt zu tun und würdest dann aus Mönchengladbach vom Prof. Noak angerufen werden, wie würdest du damit umgehen?

**StR. Hohensinner:**

Gott sei Dank habe ich tagtäglich mit dem Jugendamt zu tun, aber meine Arbeit sehe ich auch im Unterstützen des Jugendamtes, dass wir Leistungen weiterentwickeln und ich kann nur sagen, dass wir alle Möglichkeiten sichergestellt haben, dass der Datenschutz hier auch gewährleistet wurde zu jedem Zeitpunkt und es wurden die Daten auch anonymisiert weitergegeben, also von dem her hätte ich persönlich kein Problem, wenn durch so eine Evaluierung sichergestellt ist, dass die Unterstützungen

sich noch verbessern durch eine Evaluierung. Das ist meine persönliche Meinung dazu. Falls der Datenschutz wirklich hier nicht gewährleistet gewesen wäre, dann hätte ich ein Problem. Aber ich habe mir das ganz genau angesehen und ich darf dir sagen, wir können beruhigt das Jugendamt so weiterarbeiten lassen.

**Bgm. Nagl:**

Ja, diese Datenschutzgeschichte, dieses Datenschutzgesetz der Europäischen Union, dass wir den Grünen Deutschlands, die sehr lange dafür gekämpft haben, jetzt alle zu verdanken haben in allen Vereinen, beschäftigt uns natürlich auch intern. Das war euer Lieblingsthema, jetzt ist es in der Umsetzung.

#### **7.6 Frage 6: Verwendung des Corporate Designs für diverse Veranstaltungen (GR. Ing. Lohr an, FPÖ Frau Stadträtin Wirnsberger, Grüne)**

**Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. Am 19. April 2018 fand im Literaturhaus eine Diskussionsveranstaltung statt, die vom Alternativreferat der ÖH organisiert wurde. In zahlreichen Ankündigungen, die diese Veranstaltung bewarben, war das Logo des Referates für Frauen und Gleichstellung der Stadt Graz deutlich ersichtlich – die Veranstaltung fand ja schließlich auch unter Ihrer geschätzten Teilnahme statt.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde sodann ein Besucher ausfindig gemacht, der den Verantwortlichen offensichtlich nicht genehm war. Etwas befremdlich, wenn es eine Veranstaltung für Gleichstellung ist. Er wurde nämlich zum Verlassen gegenständlicher Diskussion aufgefordert. Der betreffende Herr hat weder gestört noch ist anderweitig aufgefallen, aber er wurde von den Sicherheitskräften zum Ausgang begleitet. Vom

Podium erging die Aufforderung an das Sicherheitspersonal, die Unterlagen des Herrn und allfällige Mitschriften „einzukassieren“. Erst durch nachhaltiges Insistieren auch anderer Anwesender auf Unterlassen ließ die Security von diesem Vorhaben ab. Wie aus einer Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft hervorgeht, könnte es sich hierbei offenbar um den Versuch der Nötigung bzw. um die Aufforderung zur selbigen durch die Personen am Podium handeln.

Natürlich gilt für die Beteiligten die Unschuldsvermutung, dennoch erstaunt es, dass eine offizielle Vertreterin wie Sie, der Stadt Graz, wir sind ja Menschenrechtsstadt, wort- und tatenlos bei einem derartigen Zwischenfall zugegen war.

Ich erlaube mir daher, an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die nachstehende Frage zu richten.

**Frage:**

Sind Sie angesichts oben skizzierter Vorfälle bereit, mit der Verwendung des Corporate Designs Ihnen unterstellter Ämter sorgsamer als bisher umzugehen bzw. auch Ihre offizielle Teilnahme an derartigen Veranstaltungen gründlicher als bisher zu erwägen?

*Originaltext der Anfrage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin! Am 19. April 2018 fand im Literaturhaus eine Diskussionsveranstaltung statt, die vom Alternativreferat der ÖH organisiert wurde. In zahlreichen Ankündigungen, die diese Veranstaltung bewarben, war das Logo des Referates für Frauen und Gleichstellung der Stadt Graz deutlich ersichtlich – die Veranstaltung fand ja schließlich auch unter Ihrer geschätzten Teilnahme am Podium statt.*

*Im Verlauf der Veranstaltung wurde sodann ein Besucher ausfindig gemacht, der den Verantwortlichen offensichtlich nicht genehm war, weshalb er zum Verlassen gegenständlicher Diskussion aufgefordert wurde. Der betreffende Herr, der bis dato*

weder gestört noch anderweitig aufgefallen war, wurde daraufhin von Sicherheitskräften zum Ausgang begleitet, wobei vom Podium die Aufforderung an das Sicherheitspersonal erging, die Unterlagen des Herrn und allfällige Mitschriften „einzukassieren“. Erst durch nachhaltiges Insistieren auch anderer Anwesender auf Unterlassen ließ die Security von ihrem Vorhaben ab. Wie aus einer Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft hervorgeht, könnte es sich hierbei offenbar um den Versuch der Nötigung bzw. um die Aufforderung zur selbigen durch die Personen am Podium handeln.

Natürlich gilt für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung, dennoch aber erstaunt es, dass eine offizielle Vertreterin der Stadt Graz – immerhin Menschenrechtsstadt – wort- und tatenlos bei einem derartigen Zwischenfall zugegen war.

Ich erlaube mir daher, an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die nachstehende Frage zu richten.

**Frage:**

Sind Sie angesichts oben skizzierter Vorfälle bereit, mit der Verwendung des Corporate Designs Ihnen unterstellter Ämter sorgsamer als bisher umzugehen bzw. auch Ihre offizielle Teilnahme an derartigen Veranstaltungen gründlicher als bisher zu erwägen?

**StR<sup>in</sup> Wirnsberger:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr, werte Gäste auf der Galerie. Diese Veranstaltung war eine Buchvorstellung zu einem Sammelband zur Ideologie und Rezeption der rechtsextremen Identitären. Konkret war eine Autorin eingeladen, die dort über die Rolle der Frau in der Ideologie der rechtsextremen Identitären referiert hat und die eben im Buch dazu einen Beitrag geschrieben hat. Die Blut- und Bodenideologie bei den Identitären drückt sich mehrfach aus. Unter anderem dadurch, dass die Ungleichstellung von Mann und Frau biologisch begründet wird. Wir Frauen werden für rassistische Agitation genutzt, Frauenrechte dafür instrumentalisiert.

Beispielsweise werden Frauen auch als Mütter glorifiziert, allein zu dem Zweck, weil sie eben für den Erhalt des eigenen Kindergebärens und damit ein Dagegenhalten gegen den heraufbeschworenen großen Austausch darstellen können. Es sind aber auch sexistische Rollenbilder selbstverständlich, beispielsweise durch Kampagnen wie zu „Schön für einen Schleier“, übrigens auch eine Kampagne des Rings freiheitlicher Jugend. Es ist ein frauenverachtendes Weltbild, das die rechtsextremen Identitären verbreiten und das wurde in diesem Sammelband wissenschaftlich untersucht und dort vorgestellt. Wie frauenverachtend das Weltbild ist bis hin zu, dass es keine Scheu davor gibt, auch Gewalt zu kommunizieren, zeigt ein Beitrag des Identitären Stefan Juritz, der ist Ihnen wohl bekannt, ein ehemaliger Obmann des Rings freiheitlicher Jugend in derselben Burschenschaft wie Klubobmann Sippel. Der auf Facebook einmal in einer Unterhaltung geschrieben hat: „Ich schlage Frauen nur ins Gesicht“, die Antwort darauf war: „Aber ich hoffe, du schlägst Frauen nicht nur ins Gesicht“, und er schreibt drunter: „Keine Sorge, alles wird behandelt.“ Warum erwähne ich diese Person Stefan Juritz? Er ist jetzt Chefredakteur des identitären Medienprojektes Tagesstimme. Das hat seinen Sitz in den Räumlichkeiten, die Gemeinderat Sickl den Identitären vermietet und die Person, die auf Grund des Hausrechts vom Sicherheitspersonal hinausbegleitet wurde, ist unter anderem Autor für diese Tagesstimme und verfasst auch in anderen Medien rechtsextreme Artikel. Wenn Sie mich jetzt allen Ernstes fragen, ob ich weiterhin Veranstaltungen unterstützen werde, die diese Ideologie aufzeigen und wissenschaftlich untersuchen und dort eine Diskussion darüber möglich machen und dieses Bild, das Rechtsextreme, in unserer Gesellschaft verbreiten, etwas entgegenhalten, dann lautet meine Antwort, ja, selbstverständlich werde ich das weiter tun.

**Lohr:**

So, jetzt kann ich mich für diese Antwort natürlich nicht bedanken, weil es war natürlich eine Nicht-Antwort. Sie sind auf die Frage nicht eingegangen. Eigentlich müsste ich mich zur Geschäftsordnung melden. Es ist natürlich die Frage in die andere

Richtung gegangen. Andererseits schön, dass Sie hier einmal referieren, was Inhalt der Veranstaltung war, weil Zuseher, die dort friedschaffend sitzen, werden ja scheinbar des Saales verwiesen, die haben ja gar keine Chance, Ihre Betrachtungen zu hören. Auf die Vorwürfe gehe ich natürlich nicht ein. Ich finde es schändlich, dass Sie hier eine Fragestunde benutzen, um Gemeinderatskollegen anzupatzen, die sich nicht wehren können. (Appl. FPÖ)

Ich komme zur Zusatzfrage. So wie im Motivenbericht dargestellt, heißen Sie unter dem Logo der Stadt Graz solche Vorfälle für gut, finden, dass unschuldige Personen mit quasi Sicherheitsgewalt und Security-Personen bei einer öffentlichen Veranstaltung, wenn die des Raumes verwiesen werden, weil Sie in ihrer Sicht eine andere politische Richtung verfolgen, heißen Sie das gut? Wenn man das so interpretiert, dass Sie die Nötigung eben für gut empfinden.

**Wirnsberger:**

Wie ich vorhin gesagt habe. Die Veranstalter haben vom Hausrecht Gebrauch gemacht und die Securitys haben eben diese Person gewaltfrei zum Ausgang begleitet. Ich heiße den Inhalt dieser Veranstaltungen gut, wie ich auch vorhin auf ihre Frage geantwortet habe, denn die Frage war ja, ob ich solche Veranstaltungen weiterhin unterstütze, und ich halte es für von enormer Bedeutung, solche Veranstaltungen weiterhin öffentlich stattfinden zu lassen. Ich bin der ÖH auch dafür dankbar, dass sie das Thema aufgegriffen hat. Auch dem Literaturhaus, einem sehr renommierten Haus, dass sie dem auch Raum geben und selbstverständlich werde ich weiterhin, und unsere Aufgabe ist es ja, eine politische Bewertung, und auch wenn wir da auf sehr unterschiedlichen Seiten stehen, auch eine gesellschaftspolitische Bewertung vorzunehmen und die juristische Bewertung wird nicht im Gemeinderat, sondern an anderer Stelle stattfinden. Politisch ist es von höchster Bedeutung, hier sich dafür zu entscheiden, ob man solche Ideologien unterstützt, oder ob man solchen Ideologien etwas entgegenhält. Ich entscheide mich dafür, dem etwas entgegenzuhalten.

**7.7 Frage 7: Waldpädagogische Angebote in der Grazer Waldschule  
(GR<sup>in</sup> Wutte, MA, Grüne an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

**Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat. Meine Frage bezieht sich auf die Waldschule Graz, die seit 2011 von der GBG betreut wird. Uns ist ja allen bekannt, dass insbesondere in Städten Kinder und Jugendliche zunehmend den Bezug zur Natur verlieren, sehr viel Zeit vor Smartphones und anderen Bildschirmen verbringen und dass das wiederum zu Mangel an Bewegung führt und dadurch auch ganz viele Sinneserfahrungen nicht vorhanden sind, die wichtig wären für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deswegen denke ich, die Waldschule Graz bietet ein ganz tolles Angebot, einen ganz wichtigen Gegenpol zu diesen Entwicklungen mit ihren verschiedenen waldpädagogischen Angeboten. Es ist jetzt leider so, dass die Stadt derzeit nur Waldführungen fördert, die von Betreuungseinrichtungen wie Schulen oder Kindergärten gebucht werden. Bei diesen Führungen wird ein Beitrag von € 6 pro teilnehmendem Kind verrechnet. Wenn jetzt aber interessierte Eltern privat so eine Waldführung organisieren wollen, z.B. für eine Geburtstagsfeier oder für eine Gruppe von Kindern, müssen sie 120 € wochentags oder 150 € samstags plus diese 6 Euro pro Kind bezahlen und das ist nicht besonders attraktiv und ziemlich teuer und für manche Familien überhaupt nicht leistbar. Beispielsweise hatte sich vor kurzem erst wieder eine alleinerziehende Mutter an das Team der Waldschule gewendet, weil sie eben gerne eine Geburtstagsfeier organisiert hätte, aber das finanziell nicht möglich war. Der hohe Preis ergibt sich aus der Vorgabe der GBG, die Waldführungen kostendeckend anzubieten. Ich denke aber, im Sinne eines städtischen Gemeinwohlauftrages sollte es durchaus möglich sein, dass man hier auch privat organisierte Waldführungen fördert, um dieses tolle Angebot niederschwellig und für alle zugänglich zu machen. Da geht es nicht um eine große Summe, denke ich und man könnte doch vielen Familien eine große Freude damit machen. Nicht zuletzt ist es so, dass viele Eltern händeringend nach Orten für Geburtstagsfeiern für die Kinder suchen.

Wenn man jetzt eher eine kleine Wohnung hat, beengte Wohnverhältnisse, kann man einfach nicht zu Hause eine größere Geburtstagsparty organisieren und es ist dann doch schade, wenn die Familie in einem Einkaufszentrum oder im Mc Donald's feiern, anstatt z.B. in den Wald zu gehen mit den Kindern und das einfach nur aus Kostengründen.

Daher richte ich folgende

### **Frage**

an Sie:

Sind Sie als für den Bereich Beteiligungen zuständiger Stadtrat bereit, die von der GBG in der Waldschule angebotenen Waldführungen für Kindergruppen, die privat organisiert werden, finanziell so zu unterstützen, dass den Eltern der Grundbetrag von 120 € bzw. 150 € pro Gruppe nicht mehr bezahlen müssen?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat,*

*meine Frage bezieht sich auf die Waldschule Graz, die seit 2011 von der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz betreut wird.*

*Insbesondere in Städten verlieren Kinder und Jugendliche zunehmend den Bezug zur Natur. ExpertInnen kritisieren die immer längere Verweildauer vor Smartphones und anderen Bildschirmen und den damit verbundenen Mangel an Bewegung und konkreten Sinneserfahrungen der Kinder und Jugendlichen. Die Waldschule Graz bietet mit ihrem umfassenden waldpädagogischen Angebot und der ausgezeichneten Erreichbarkeit gleich am Beginn des Leechwaldes einen wichtigen Gegenpol.*

*Leider fördert die Stadt derzeit nur Waldführungen, die von Betreuungseinrichtungen wie Schulen oder Kindergärten gebucht werden. Bei diesen Führungen wird ein Beitrag von 6 € pro teilnehmendem Kind verrechnet. Interessierte Eltern, die für*

*Geburtstagsfeiern oder private Gruppen einen Nachmittag im Wald organisieren wollen, müssen hingegen 6 € pro TeilnehmerIn und zusätzlich einen Grundbetrag von 120 € wochentags bzw. 150 € samstags bezahlen. Dieses Angebot ist gerade für Kindergeburtstagsfeiern, bei denen zusätzlich noch die Verpflegung organisiert und bezahlt werden muss, nicht besonders attraktiv und für viele Familien nicht leistbar. Erst vor kurzem wandte sich eine alleinerziehende Mutter, die gern eine Geburtstagsfeier für ihre Tochter organisiert hätte, die Kosten aber nicht tragen konnte, an das Team der Waldschule.*

*Der hohe Preis ergibt sich aus der Vorgabe an die GBG, die Waldführungen kostendeckend anzubieten. Im Sinne eines städtischen Gemeinwohlauftrags sollten aber auch privat organisierte Waldführungen unbedingt gefördert werden, um dieses tolle Angebot niederschwellig und für alle leistbar zugänglich zu machen. Um den Grundbetrag (120 € bzw. 150 €) für alle Gruppen zu finanzieren, wäre kein großer Unterstützungsbetrag seitens der Stadt erforderlich, der Nutzen, den Grazer Familien daraus ziehen könnten, wäre jedoch ein großer.*

*Nicht zuletzt kenne ich viele Eltern, die nach geeigneten Orten für die Geburtstagsfeiern ihrer Kinder suchen. Sind die Wohnverhältnisse eher beengt, kann keine Party zuhause organisiert werden und so werden oft die Angebote von McDonald's oder von Einkaufszentren gebucht. Dass es um vieles sinnvoller, schöner und spannender für die Kinder wäre, ihren Geburtstag im Wald zu verbringen, liegt auf der Hand. Deswegen richte ich folgende Frage an Sie:*

**Frage:**

*Sind Sie als für den Bereich Beteiligungen zuständiger Stadtrat bereit, die von der GBG in der Waldschule angebotenen Waldführungen für Kindergruppen, die nicht im Rahmen des Schulunterrichts oder Kindergartens organisiert werden, finanziell so zu unterstützen, dass den Eltern der Grundbetrag von 120 € bzw. 150 € pro Gruppe nicht mehr verrechnet werden muss?*

**StR. Dr. Riegler:**

Frau Gemeinderätin Wutte, danke, ich teile zum Teil Ihre Beobachtung und Wahrnehmung, dass tatsächlich unsere moderne Gesellschaft viel zu viel mit Handys und Smartphones und Social Media operiert und viel zu wenig in die Natur gegangen wird. Andererseits muss ich schon sagen, dass ich nicht glaube, dass durch die 30 derzeit stattfindenden Geburtstage, wenn wir es schaffen würden durch eine Ermäßigung, das zu erhöhen, dass wir dadurch wesentlich die gesamtgesellschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Ich sehe es schon als Teil der Eigenverantwortung von Eltern, aber auch als Teil der Eigenverantwortung von Kindergärten und Schulen an, eben sich darum zu kümmern, mit den Kindern auch in die Natur zu gehen und auch etwas zu unternehmen. Ich darf darauf verweisen, dass es eben drei Angebote seitens der GBG gibt, was Walderlebnisse betrifft. Das eine ist das Feiern im Wald für Familientage, Firmentage, Feriencamps. Es gibt ein weiteres Angebot, Feiern im Wald für Geburtstage und mehr und ein drittes Angebot, ein sogenanntes Waldweihnachtsangebot, wo dann eben bei einem gemütlichen Lagerfeuer und Glühwein, Tee und Kastanien und Keksen man sich in Weihnachtsstimmung bringt. Im Vorjahr gab es auf dieser Basis ca. 30 derartige private Geburtstagsfeiern. Das ist eine tolle Nachfrage, aber 30 in Bezug auf 300.000 Einwohner im Großraum Graz ist dann doch wenig. Würden wir hier auf diesen Betrag auch noch verzichten, würde uns eine Einnahme von ca. 4.000 Euro entgehen. Ich gebe ihnen Recht, das ist nicht viel, andererseits ist es so, dass es den Alten-Leute-Spruch gibt, alles, was gratis ist, wird als nicht wertvoll empfunden. Insofern muss ich ehrlicherweise sagen, dass ich Ihrem Vorschlag nicht näher treten kann.

**Wutte:**

Ich finde es sehr schade, weil Sie ja auch selber gesagt haben, dass es da um sehr kleine Summen geht. Es geht auch nicht darum, das gratis anzubieten, sondern es gibt ja noch diese 6 €, die pro Kind bezahlt werden. Nachdem es immer wieder Anfragen

gibt von Eltern, die das gerne machen würden, aber dann sagen, das ist wirklich teuer, denke ich, es würde die Nachfrage jedenfalls heben und ich finde es wirklich schade, dass man da Menschen ausschließt von so einem Angebot.

**Riegler:**

Ein Angebot gibt es allerdings und das kann ich durchaus heute positiv in Ihre Richtung berichten. Wenn es tatsächlich im Einzelfall Fälle geben sollte, wo jemand das gerne in Anspruch nehmen möchte und nicht kann, dann erklärt sich die Geschäftsführung der GBG bereit, behilflich zu sein bei der Hilfe nach einem Sponsor. Sie können der alleinerziehenden Mutter sagen, es findet sich sicher eine Lösung im Einzelfall. Ich möchte nur nicht generell jetzt gleich die gesamten Gebühren abschaffen.

**7.8 Frage 8: Zufahrt Firma Doka am Mühlfelderweg  
(GR. Mag. Haßler, SPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Haßler:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Frau Stadträtin. Meine Frage beschäftigt sich mit einer Firmenzufahrt im Südosten des Bezirkes Straßgang, an der Grenze zu Seiersberg, und zwar am Mühlfelderweg. Dort haben wir ja schon seit Jahrzehnten Konflikte, weil dort Wohngebiet und Industriegebiet aneinandergrenzt. Im Jahr 2009 hat dann die Bezirksvertretung mit der Unterstützung des Gemeinderates erreicht, dass wir dort eine Verbesserung der Situation erhofft haben durch eine neue Straße, die Robert-Viertel-Straße, die eine Aufschließungsstraße in der Mitte des Industriegebietes ist, die Wohngebiete nicht berührt und die eigentlich hätte Abhilfe schaffen sollen. Gedacht war, dass noch bestehende Firmenzufahrten in diese Straße verlegt werden, das hat damals leider nicht stattgefunden, hat auch damit zu tun, dass man bei Errichtung der Straße, und

wir haben € 250.000 als Stadt Graz in diese Straße investiert, dass wir bei Errichtung dieser Straße es verabsäumt haben, mit den Firmen auch Verträge abzuschließen, dass diese Straße dann so genutzt werden soll. Das war damals unter Stadträtin Lisa Rücker zu dieser Zeit. Dann hat es nur eine leichte Verbesserung gegeben, damit haben sich die Anrainer abgefunden. Was allerdings nicht mehr akzeptiert wird, und das verstehe ich, ist, dass im Jahr 2016 eine zusätzliche Ausfahrt bei einer Firma dort errichtet wurde und zwar genau so, dass sie unmittelbar wieder Richtung Wohngebiet geht und nachdem die Einfriedungen der Anrainer zum dritten Mal die Bekanntschaft mit LKW-Rädern gemacht haben, sind sie dann wieder an die Bezirkspolitik und auch an mich herangetreten. Ich habe dann Anfang 2017 mit dem Leiter des Straßenamtes ein Gespräch geführt. Im Zuge dieses Gespräches hat er auch zugegeben, dass diese Ausfahrt irrtümlich genehmigt wurde, so eigentlich nicht hätte genehmigt werden sollen und er hat zugesichert, dass im Jahr 2017 die Situation bereinigt wird. Mir war klar, dass man das nicht von heute auf morgen ändern kann, dass auch eine Firma Zeit braucht, um das wieder umzumodeln, aber inzwischen sind 1 ½ Jahre vergangen und es hat sich bisher nichts getan. Daher meine

**Frage**

an dich als zuständige Stadtsenatsreferentin:

Was wirst du als zuständige Stadtsenatsreferentin gemeinsam mit dem Straßenamt unternehmen, um sicherzustellen, dass die 2016 „irrtümlich“ genehmigte zusätzliche Ausfahrtsmöglichkeit besagter Firma zum Mühlfelderweg wieder geschlossen wird und bis wann wird gewährleistet sein, dass die Ausfahrt für Schwerfahrzeuge nur mehr über die Robert-Viertel-Straße erfolgt?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin!*

*Am 10. Jänner 2017 hatte ich gemeinsam mit dem Straßgänger BVStv. Dieter Mandl einen Besprechungstermin mit dem Leiter des Straßenamtes DI Fischer. Inhalt des Gesprächs war unter anderem die im Jahr 2016 zusätzlich genehmigte Firmenzufahrt zur Firma Doka über den Mühlfelderweg im östlichen Bereich des Firmengeländes, zwischen Karlsbadergasse und Friedrich-Schnideritsch-Straße, die zusätzliche Belastungen für die AnrainerInnen verursacht.*

*Die Genehmigung dieser zusätzlichen Zufahrt über den Mühlfelderweg war und ist insofern unverständlich, da die Stadt Graz im Jahr 2009 mindestens 250.000 Euro investiert hat, um zur Entlastung der Wohngebiete am Mühlfelderweg die Robert-Viertl-Straße als Aufschließungsstraße für das dortige Industriegebiet zu errichten. Das Firmengelände der Firma Doka grenzt unmittelbar an die Robert-Viertl-Straße an und eine Ausfahrt zu dieser „Industriestraße“ wäre ohne großen Aufwand realisierbar gewesen.*

*Bei unserem Gesprächstermin im Jänner 2017 wurde uns mitgeteilt, dass die Genehmigung der zusätzlichen Ausfahrt am Mühlfelderweg „irrtümlich“ erfolgte und dass diese nur mehr bis längstens Ende 2017 befristet möglich sein würde, um der Firma Doka zu ermöglichen, eine Lösung zu finden, die garantiert, dass Schwerfahrzeuge zukünftig über die im Süden bestehende Robert-Viertl-Straße das Betriebsgelände verlassen können.*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die*

**Frage:**

*Was wirst du als zuständige Stadtsenatsreferentin gemeinsam mit dem Straßenamt unternehmen, um sicherzustellen, dass die 2016 „irrtümlich“ genehmigte zusätzliche Ausfahrtsmöglichkeit der Firma Doka zum Mühlfelderweg*

*wieder geschlossen wird und bis wann wird gewährleistet sein, dass die Ausfahrt für Schwerfahrzeuge nur mehr über die Robert-Viertl-Straße erfolgt?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Lieber Herr Gemeinderat. Für die Vorgeschichten, da war ich nicht zuständig, ich habe mich aber aufgrund deiner Frage natürlich auch mit dieser Vorgeschichte auseinandergesetzt und genauso, wie du es beschrieben hast, ist es. Es ist überhaupt nicht befriedigend. Ich versuche, dir das aus dem Gedächtnis heraus zu sagen, die Bemühungen letztes Jahr vom Straßenamt sind natürlich auf jeden Fall gegeben gewesen, eine Lösung dahingehend zu finden, dass natürlich das wieder geschlossen wird und nicht mehr diese zusätzliche Ausfahrt für diesen Betrieb dort möglich ist. Es hat dort, ich weiß nicht, ob dir der Herr DI Fischer gesagt hat, diese Information habe ich zumindest letztes Jahr, wie ich von BewohnerInnen von der Friedrich-Schnideritsch-Straße das erste Mal mit dem Problem konfrontiert wurde, bekommen, dass es durch einen Wechsel bei der Firma selbst, wo man eigentlich schon eine Lösung gehabt hat, wieder zu Verzögerungen gekommen ist, aber um es auf den Punkt zu bringen, ganz aktuell ist es jetzt so, dass ein Verfahren zur Abänderung der Zufahrt im Laufen ist. Mir wurde aber auch mitgeteilt vom Straßenamt, dass es dazu aber auch noch von der Bau- und Anlagenbehörde eine Rückmeldung braucht und dass es ich dir heute nicht sagen kann, es ist nächste Woche, oder übernächste Woche, dass es aber zu einer Lösung kommen wird.

**GR. Haßler:**

Dann danke ich einmal und bin guter Hoffnung, dass wir vielleicht ein Jahr verspätet diese Lösung haben. Wie gesagt, die neue Straße haben wir ja auch genau dafür gebaut und die passt ja für diese Zufahrt. Meine Zusatzfrage wäre dann, nachdem das ja offensichtlich irrtümlich passiert ist, was wird unternommen, damit solche Irrtümer in Zukunft nicht mehr passieren können? Gibt es jetzt ein Vier-Augen-Prinzip bei

solchen Dingen, oder ich weiß nicht, wie das überhaupt passieren konnte, eigentlich war klar, dass dort eine andere Straße wäre.

**Kahr:**

Was damals das Problem war, kann ich dir nicht sagen, aber Vier-Augen-Prinzip ist auf jeden Fall notwendig. Es braucht zwei Verfahren, die Bewilligung durch das Straßenamt, aber auch die Genehmigung der Bau- und Anlagenbehörde und da gehört mehr Hand in Hand gearbeitet. Das haben wir mit dem Kollegen Fischer genauso besprochen. Wie überhaupt, und das möchte ich vielleicht auch gleich hier anmerken, es ja auch bei Baustellen z.B. immer wieder so ist, dass man sagt, man ist an dem und dem Zeitpunkt fertig und dann kommt es zu langer Überschreitungsdauer zum Ärgernis von vielen Anrainerinnen und auch da halte ich z.B. von Haus aus, dass man im Gestattungsvertrag oder in diesen Verträgen reinschreibt, dass es zu einem Endfertigstellungstermin kommen muss und genau so stelle ich mir das hier auch vor.

**7.9 Frage 9: Technische Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts auch für die Pflegedrehscheibe (GR. Schwindsackl, ÖVP an Stadtrat Mag. Krotzer, KPÖ)**

**Schwindsackl:**

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Tribüne. Ja, die technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts sind ja vielseitig und vielfältig und daher geht überhaupt einmal an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, noch nicht die Frage, sondern eine kurze Einleitung voraus.

Im Jahre 2015 wurde von der Stadt Graz die Servicestelle „Pflegedrehscheibe“ im Bereich des Geriatriischen Gesundheitszentrums eingerichtet – aufgrund der höheren

Lebenserwartung und der sich daraus ergebenden vielschichtigen Fragen von Betroffenen und/oder deren Angehörigen zum umfangreichen Thema Pflege eine vorausschauende und wichtige Anlaufstelle.

In meinem Antrag vom 15. März 2018 habe ich auf aufgrund des Wegfalls des Pflegeregresses auf die künftig vermehrten Anfragen bezüglich freier Betreuungsplätze in Grazer Pflegeheimen aufmerksam gemacht.

Einem Grazer Medium war daraufhin zu entnehmen, dass Sie einer innovativen, modernen und benutzerfreundlichen Serviceleistung – die elektronische Veröffentlichung tagesaktuell freier Pflegeplätze in Grazer Einrichtungen durch die Drehscheibe – eine Absage erteilten.

Die von Ihnen in der Öffentlichkeit vorgebrachten Zweifel an der Mach- u. Durchführbarkeit - die Eingaben seien aufgrund von zu wenig Personal innerhalb der Drehscheibe nicht möglich - entbehren jeglicher Realität.

Auch der Hinweis auf Datenbank-Parallelstrukturen des Landes Steiermark ist nicht korrekt, da sich solche noch nicht etabliert haben bzw. sich im Versuchsstadium befinden. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, folgende

**Frage:**

Warum stehen Sie einer zeitgemäßen Vorgangsweise - tagesaktuell sämtliche freien Plätze in Grazer Pflegeheimen bzw. -einrichtungen zentral elektronisch zur Verfügung zu stellen-, wie dies von privaten Anbietern als Serviceleistung für die ohnehin geforderten und oft überforderten Betroffenen mittlerweile selbstverständlich ist, ablehnend gegenüber?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Krotzer!*

*Im Jahre 2015 wurde von der Stadt Graz die Servicestelle „Pflegedrehscheibe“ im Bereich des Geriatrischen Gesundheitszentrums eingerichtet – aufgrund der höheren Lebenserwartung und der sich daraus ergebenden vielschichtigen Fragen von Betroffenen und/oder deren Angehörigen zum umfangreichen Thema Pflege eine vorausschauende und wichtige Anlaufstelle.*

*In meinem Antrag vom 15. März 2018 habe ich auf aufgrund des Wegfalls des Pflegeregresses auf die künftig vermehrten Anfragen bezüglich freier Betreuungsplätze in Grazer Pflegeheimen aufmerksam gemacht.*

*Einem Grazer Medium war daraufhin zu entnehmen, dass Sie einer innovativen, modernen und benutzerfreundlichen Serviceleistung – die elektronische Veröffentlichung tagesaktuell freier Pflegeplätze in Grazer Einrichtungen durch die Drehscheibe – eine Absage erteilten.*

*Die von Ihnen in der Öffentlichkeit vorgebrachten Zweifel an der Mach- u.*

*Durchführbarkeit - die Eingaben seien aufgrund von zu wenig Personal innerhalb der Drehscheibe nicht möglich - entbehren jeglicher Realität.*

*Auch der Hinweis auf Datenbank-Parallelstrukturen des Landes Steiermark ist nicht korrekt, da sich solche noch nicht etabliert haben bzw. sich im Versuchsstadium befinden. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, folgende*

**Frage:**

*„Warum stehen Sie einer zeitgemäßen Vorgangsweise - tagesaktuell sämtliche freien Plätze in Grazer Pflegeheimen bzw. -einrichtungen zentral elektronisch zur Verfügung zu stellen - wie dies von privaten Anbietern als Serviceleistung für die ohnehin geforderten und oft überforderten Betroffenen mittlerweile selbstverständlich ist, ablehnend gegenüber?“*

Stadtrat Mag. **Krotzer**:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Ernest. Ich muss erst einmal klarstellen, dass in besagtem Grazer Medium ich auch keine Absage erteilt habe, wenn ich wörtlich zitieren darf, steht hier: „KPÖ Stadtrat Krotzer zeigt sich für Schwindsackls Forderung offen, er zweifelt aber an der Machbarkeit.“ Insofern stehe ich dem offen gegenüber und habe keine Absage erteilt. Aber es sind ein paar Dinge in der Hinsicht wichtig. Wir waren ja letzte Woche am 8. Mai auch gemeinsam mit dem Sozialausschuss in der Pflegedrehscheibe, um uns auch vor Ort anzuschauen, auch mit der Frau Kollegin Mag. Norma Rieder, sie ist die zuständige Referatsleiterin, um über das Angebot der Pflegedrehscheibe zu reden, aber auch natürlich über die Arbeit des Referates für Sozialplanung, Controlling und Pflege. Ich glaube auch, die Kolleginnen Anna Hopper und Verena Kumpitsch können aus dem, was wir dort besprochen haben und was auch hier vorliegt und auf unseren Plätzen zu finden ist, der Bericht des Sozialamtes, aus dem hervorgeht, was hier an Leistungen und Arbeit passiert durch die Pflegedrehscheibe. Daher muss ich es auch zurückweisen, wenn du sagst, es entbehrt jeglicher Grundlage, dass zu wenig Personal da ist. Ich habe es noch einmal rausgeschrieben, was die Kolleginnen und Kollegen dort leisten. Wir haben im vergangenen Jahr 2017 592 Pflegebedarfserhebungen gehabt. Wir haben 1578 Hausbesuche und Pflegevisiten gehabt. 49 Casemanagementfälle oder Kernbetreuungssituationen, die wiederum zu 1699 Interventionen geführt haben. Dazu kommen 40 Pflegeheimkontrollen, 34 Mängelkontrollen, 38 Nacht- und Wochenendkontrollen sowie dort bei der Pflegedrehscheibe eingehend 1887 telefonische Anfragen und 346 persönliche Vorsprachen. Das ist eine enorme Leistung und wenn man dann bedenkt, dass diese Arbeit geleistet wird von insgesamt 6 Amtssachverständigen der Pflege und zwei Kollegen, die für die Heimkontrollen zuständig sind. Also sieht man, wie enorm das ist, was die leisten. Da müssen wir vor allem auch darüber reden, wie man auch die Pflegedrehscheibe personell stärker ausstatten können, damit wir das auch weiter garantieren können dieses hohe Niveau, das dort gegeben ist und wie man auch diese Kapazitätsgrenzen, die wir erreicht haben, ausbauen können, um dieses hohe Niveau halten zu können. So viel zu den

personellen Situationen. Natürlich ist auch klar, dass das auch eine massive finanzielle massive Investition wäre, wo man dann auch reden müsste, ob man dafür ein Geld hätte im kommenden Budget. Der entscheidende Punkt, da brauch ich jetzt noch eine halbe Minute, eine Insellösung für Graz ist insofern auch nicht sinnvoll, weil das Land ja auch hier an einer steiermarkweiten Lösung arbeitet. Es gibt hier zwei Programme für Datenbanklösungen, die unterschiedliche Bereiche im Sozialbehinderten- und Pflegesystem umfassen. Die heißen einmal ISOMAS, integriertes Sozialmanagementsystem und einmal PROSOP. Wenn wir so eine Lösung haben wollen, wie du sie anstrebst und wie ich auch der Meinung bin, dass es sinnvoll wäre, dann bringt uns eine Grazer Insellösung insofern wenig, weil ja auch manche Grazer dann auch in Graz Umgebung sind bzw. umgekehrt, weil ja oftmals auch die Menschen die Pflegeheime dort haben wollen, wo die Angehörigen direkt in unmittelbarer Umgebung leben oder auch arbeiten, damit dann auch die Familie vorbeikommen kann. Deswegen brauchen wir wenn dann eine steiermarkweite Lösung und da werden wir das von unserer Seite auch in den Gesprächen mit dem Büro vom Landesrat Drexler anregen und ich würde dich auch ersuchen, hier die Drähte zu nutzen, dass wir auch auf den Landesrat und insgesamt das Land Steiermark einwirken, dass man da eine steiermarkweite Lösung zustande bringen. Entschuldigung für das Überziehen.

**Schwindsackl:**

Es war nie in Frage gestellt die Leistung der wunderbar tätigen Damen und Herren in der Pflegedrehscheibe. Die Frage ginge in diese Richtung, was Anbieter, Volkshilfe, ich war ja vorgestern bei der Messe, die lange Nacht der Pflege und da habe ich mich sehr intensiv mit der Dame der Volkshilfe unterhalten, die das ja schon sehr lange machen die Veröffentlichung der tagesaktuellen freien Plätze. Das bedarf keiner großartigen Umwandlung und langer Zeit und langes Abwarten. Wir sind im 21. Jahrhundert angekommen, Herr Stadtrat. Bitte das auch zu berücksichtigen.

**StR. Krotzer:**

Ich fasse das jetzt als Zusatzfrage auf und muss dazu sagen, in der Praxis schaut es natürlich schon ein wenig anders aus. Wir haben 20 private Pflegeheime in der Stadt Graz. Wir haben natürlich auch die Angebote der Geriatrischen Gesundheitszentren, das heißt, wir haben über 1500 Pflegebetten und wenn wir jetzt gewährleisten wollen, dass wir tagesaktuell sagen können, in welchen Pflegeheimen Plätze frei sind, erfordert das ja dort, dass eben in dem Referat von den acht, wenn man die Frau Norma Rieder dazurechnet, neun Personen, die da tätig sind, dass die jeden Tag in der Früh alle einmal durchrufen müssen, ob da Plätze frei sind ...

*Zwischenruf GR. Schwindsackl: elektronisch...*

**Krotzer:**

Das darf man sich nicht so einfach vorstellen und insofern brauchen wir eine steiermarkweite Lösung.

**Ende der Fragestunde um 13.45 Uhr.**